

# „Soziales Engagement trotz seiner Anerkennung?“

Stadtbibliothek Bielefeld, 24. März 2009

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Besucherinnen und Besucher der Ausstellung „Wovon Menschen leben: Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes“,

ich freue mich sehr, dass Sie heute Nachmittag den Weg hierher in die Bielefelder Stadtbibliothek gefunden haben, um sich meine Überlegungen zur Frage „sozialen Engagements trotz seiner Anerkennung“ anzuhören – und diese hoffentlich anschließend gemeinsam auch zu diskutieren.

Die Einladung der Bielefelder Veranstalter dieser Ausstellung – der Aids-Hilfe, der Freiwilligen-Agentur, der Selbsthilfe-Kontaktstelle und der Stadtbibliothek – heute und hier zu dem Thema „soziales Engagement“ zu sprechen, freut mich nicht zuletzt deshalb sehr, weil wir diese Diskussion hier und heute in den Räumen der öffentlichen Bibliothek Bielefelds durchführen. Warum? Öffentliche Bibliotheken, wie die Bielefelder Stadtbibliothek, sind m.E. ein gutes Symbol für das, worum es in meinen heutigen Überlegungen gehen soll: um die Frage nämlich, wie sich der politische Kontext in Bezug auf das Thema soziales Engagement – also Ehrenamt, freiwilliges, oder zivilgesellschaftliches Engagement – in den vergangenen Jahren verändert hat. Mein Thema heute sind also die politischen Entwicklungen um die Frage sozialen, zivilgesellschaftlichen Engagements oder des Ehrenamts.

Wie komme ich nun darauf, dass der Ort hier – die öffentliche Bibliothek der Stadt Bielefeld - etwas mit diesem Thema zu tun haben könnte?

## I. Privatisierung, Ent-Öffentlichung und „Wieder-Ver-öffentlichung“

Öffentliche Bibliotheken sind, wie der Name schon sagt: öffentliche Orte – also Orte, in denen sich Personen als Bürgerinnen und Bürger begegnen, als Mitglieder eines Gemeinwesens, in einem politischen Raum – und eben nicht als Kunden in einem Raum des Konsums, beispielsweise in den Räumen eines Bielefelder Buchdiscounters in der Bielefelder Neustadt, aber auch nicht als Privatleute beispielsweise in einer Bielefelder Wohnung, um das erworbene Hörbuch gemeinsam zu hören.

Seit der Frühmoderne denken wir im abendländischen Kontext diesen Unterschied von „öffentlichen und privaten Räumen“ von „Öffentlichkeit und Privatheit“. Das heißt, wir denken diese beiden Dimensionen, in denen sich der moderne Mensch in unterschiedlicher Art bewegt : Auf der einen Seite als mit Beteiligungsrechten ausgestattete Bürgerin, als Angehörige einer politischen Gemeinschaft – der *Öffentlichkeit also* – und auf der anderen Seite die „mit (ihrem) Nebenmenschen im Wettstreit liegende(r) Egoist(in)“ – die Person im *Raum des Privaten also* (Euchner 1973: 24f.), beispielsweise als Kundin an Orten des Konsums. Beides sind wir als moderne Menschen – aber in unterschiedlichen Kontexten.

Und die Stadtbibliothek ist eben kein privater, sondern ein öffentlicher Raum, das heißt, ein Raum, in dem potenziell jeder und jedem – so zumindest das Ideal – die Möglichkeit gegeben ist, sich über die Auseinandersetzung mit Inhalten in die Arena des Politischen einzumischen. Aber nicht nur Bildungsorte sind die öffentlichen Bibliotheken, sondern auch Orte der Muße und der Unterhaltung

– jenseits privatrechtlicher Unterhaltungsorte. Denn auch Muße und Unterhaltung soll hier öffentlich möglich sein – im Raum mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, und ermöglicht durch die öffentliche Bereitstellung dieser Infrastruktur. Das gelingt keineswegs immer, das sei an dieser Stelle nur angemerkt – beispielsweise durch die Innenstadtlage der öffentlichen Bibliotheken oder das Einsparen vieler kommunaler Buchbusse, die die Bücher in die Randlagen der Stadt bringen oder gebracht haben, ist der Zugang für viele Bürger/innen erschwert – und teilweise wieder erschwert worden. Aber diese Fragen sind nicht mein Thema heute. Für das heutige Thema ist der Blick auf die Bielefelder Stadtbibliothek deshalb von Interesse, so meine Behauptung, weil er sensibilisieren kann für die in den vergangenen Jahren grundlegend veränderten Politiken um das Öffentliche – das zunehmend zugunsten des Privaten reduziert wurde. Statt öffentlicher Innenstadträume werden privatisierte Konsumräume etabliert, statt öffentlicher Stadtbibliotheken oder Musikschulen privatisierte Bibliotheken oder Musik- und Kunstschulen, statt öffentlicher Jugendarbeitsangebote kommerzielle Jugendfreizeitangebote. Und damit sind wir wieder beim sozialen Engagement.

Soziales Engagement sind Aktivitäten, die sich um das Soziale bemühen. Und was ist „das Soziale“? Das Soziale umfasst die Aktivitäten, die sich als Vermittlerin zwischen dem Politischen, also dem Raum der Bürgerinnen und Bürger, dem öffentlichen Raum, und dem Ökonomischen, also dem Raum der Kundinnen und Kunden, also der Privatheit, aufspannen. Wie kann man sich das vorstellen? Ich versuche es an einem Beispiel: Während im politischen Raum das öffentliche Angebot der Stadtbibliothek in einer Stadt, wie Bielefeld existiert, findet sich im privaten Raum u.U. die Schwierigkeit, dass Kinder dieses Angebot gar nicht kennen – weil bspw. die Eltern aufgrund der beruflichen und familiären 3- und 4fach-Belastungen gar keine Zeit haben, mit ihren Kindern dieses Angebot zu entdecken und zu erschließen. Dann wird der Zugang zum öffentlichen Raum für die Kinder eine schier unüberwindbares Hindernis, weil dieser Raum ihnen extrem fremd und unzugänglich erscheint, weil ihre Freundinnen und Freunde auch nicht dorthin gehen, weil u.U. aber auch die Räume der öffentlichen Bibliothek und die anderen Nutzerinnen sie abschrecken, so ganz anders sind, als die Räume, in denen sie sich ansonsten bewegen. Hier nun setzen die Akteure aus den Feldern des Sozialen an, setzt soziales Engagement an – die Aktivitäten der Sozialen Arbeit einerseits also und von Ehrenamtlichen, freiwillig Engagierten andererseits. Mit ihrem soziale Engagement zielen die professionellen Fachkräfte wie die engagierten Laien darauf, diese Kluft zu überbrücken: im Beispiel gesprochen, den Kindern den Zugang in den öffentlichen Raum zu ermöglichen. Sozialwissenschaftlich gesprochen: Soziales Engagement zielt in diesem Sinne auf die Ermöglichung von Teilhabe am Politischen, das heißt der Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Räume. Doch nicht nur die Richtung nimmt soziales Engagement ein, sondern auch die „umgekehrte“: Die Ermöglichung von Zugängen zur Marktökonomie, zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, also primär privatrechtlich verfassten Räumen der Ökonomie.

Nun beobachten wir, wie ich bereits angedeutet hatte, in den vergangenen Jahren eine Entwicklung, die dieses Verhältnis deutlich verschiebt – und zwar zu Ungunsten des Öffentlichen. Auch hier kann uns der Ort, an dem wir uns hier treffen, einen guten Hinweis geben: Öffentliche Bibliotheken, wie die Bielefelder Stadtbibliothek, lassen sich als Symbol für die deutlich veränderte Gestaltung des Öffentlichen in den vergangenen Jahren betrachten. In fast allen bundesdeutschen Kommunen ist vor allem seit Ende der 1990er Jahre die Diskussion um die Finanzierung oder sogar das Überleben der öffentlichen Bibliotheken überhaupt ein kommunalpolitisches Thema. Auch wenn die Mehrzahl der Bibliotheken – zum Glück, so ist meine Meinung – nicht nur weiter existiert, sondern mehr denn je von den Stadtbewohnern/innen genutzt wird – in den meisten Kommunen sind die öffentlichen Bibliotheken nämlich diejenigen öffentlichen Angebote, die am meisten genutzt werden; trotz dieser Situation, zeigt doch der immense politische Kampf um die Ausstattung und Personalfinanzierung der öffentlichen Bibliotheken sehr deutlich, dass wir es hier mit einem fundamental veränderten Verständnis von der Relevanz des Öffentlichen zu tun haben. Wie sich

dieses Problem in Bielefeld konkretisiert, lässt sich bspw. im Jahresbericht der Bielefelder Stadtbibliothek eindrücklich nachlesen.

Die öffentlichen Bibliotheken können also als ein Symbol für diese grundsätzlichen Veränderungen im Verhältnis von Öffentlichkeit, Privatheit und der Vermittlung durch „das Soziale“ dienen. Aber nicht nur öffentliche Bibliotheken wurden in den vergangenen 10- 15 Jahren immer wieder als zu teuer oder ineffizient gebrandmarkt – manche Kommunen haben deshalb auch beschlossen, die öffentlichen Bibliotheken zu privatisieren, das heißt de facto abzuschaffen und stattdessen in privatrechtlich organisierte Bibliotheken zu überführen. Diese Entwicklung ist noch deutlicher im Bereich anderer öffentlicher Angebote zu beobachten, beispielsweise im Fall kommunaler Schwimmbäder oder der kommunalen Müllabfuhr. Hier wurden seit den 1980er und verstärkt seit den 1990er Jahren im Großteil der bundesdeutschen Kommunen Privatisierungen durchgeführt. Auch sollte also die Logik des Marktes die Logik der öffentlichen Bereitstellung dieser Angebote ersetzen. Vom „Konzern Stadt“ (Wohlfahrt/Zühlke 2005) und nicht mehr vom kommunalen Raum oder gar einem kommunalen Gemeinwesen sprechen daher auch viele Sozialwissenschaftler/innen. Welche Beweggründe sind nun hinter dieser Entwicklung auszumachen? Die politisch Verantwortlichen versprechen sich von dieser Privatisierung des Öffentlichen eine größere Effizienz, ein besseres Wirtschaften, eine ausgeprägtere Dienstleistungsorientierung, um nur einige zentrale Argumente zu nennen. Inwieweit die Privatisierungsprogramme der vergangenen Jahre wirklich zu solchen effizienzsteigernden, kaufmännischer organisierten und dienstleistungsorientierteren Angeboten und Strukturen geführt haben – daran lässt sich inzwischen im Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise einiges sagen: Die städtischen Kämmerer, die aktuell verzweifelt versuchen, wieder die Hoheit über das öffentliche Nahverkehrssystem zurückzugewinnen, das an US-amerikanische Investoren verkauft und wieder zurück gemietet wurden – und damit an Investoren, die nun pleite sind, ist nur ein beredtes Beispiel dafür, dass die Logiken des Marktes keineswegs Effizienz und Effektivität bringen. Vor allem aber zeigen die aktuellen Diskussionen um die Wirtschaftskrise, dass der „Primat des Marktes“ nur eine Variante politischer Entscheidungsmöglichkeiten ist.

Für unser Thema des sozialen Engagements ist nun aber von Interesse, dass wir damit – zumindest auf den ersten Blick vor einem Paradox stehen: Denn scheinbar konträr, also im Gegensatz, zu dieser Privatisierungsentwicklung der vergangenen Jahre, können wir gleichzeitig eine politische Stärkung des Freiwilligengagements, des Ehrenamtes bzw. des zivilgesellschaftlichen Engagements beobachten. Und das könnte doch sehr verwunderlich erscheinen – wie gesagt: Zumindest auf den ersten Blick. Wie komme ich zu dieser Einschätzung?

Privatisierungsstrategien stellen, wie der Name schon sagt, „*Ent-Öffentlichungsstrategien*“ dar, so könnte man sagen. Statt auf die Stärkung des Raumes, in dem sich Gesellschaftsmitglieder als Bürgerinnen und Bürger begegnen können, wird auf die Stärkung des Raumes gesetzt, in dem sie sich als Kundinnen und Kunden bewegen, also privatrechtliche verfaßten Räumen. Und zentrale politische Programme, die in den vergangenen Jahren eine Stärkung sozialen, freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements fördern wollen, scheinen gerade auf die Stärkung der Zugänge zum öffentlichen Raum abzustellen, und damit gerade nicht auf eine Privatisierung, sondern eher eine stärkere Öffentlichkeit zu zielen. Haben wir es also mit einer paradoxen Gleichzeitigkeit zweier Gegenbewegung zu tun: Einerseits eine immense Privatisierungs-, also Entöffentlichungspolitik – und zugleich eine verstärkte Förderung sozialen Engagements, also eine „*Veröffentlichungspolitik*“ wenn man so will?

Bevor ich Ihnen meinen Antwortversuch auf diese Frage vorstellen möchte, lassen Sie mich illustrieren, wie sich diese beiden Entwicklungen darstellen.

Die Privatisierungs-, also „Entöffentlichungspolitiken“ zielen auf das Modell der Gesellschaftsmitglieder als Kundinnen und Kunden, wie bereits angedeutet.

Und das Modell des Kunden beschreibt eben den vorhin genannten „mit seinem Nebenmenschen im Wettstreit liegende(r) Egoist(en)“ – den Einzelnen, der schaut, wo er das Passendste am günstigsten bekommt. Das ist das Ideal des Marktes: Der Kunde, der genau weiß, was er will und sich nur das kauft und die Anbieterin, die das möglichst effizient, günstig und dienstleistungsorientiert anbietet. Konkret denken sich die Marktvertreter solche Modelle dann eben beispielsweise als privatisierte Bibliotheksmodelle, wo die Angestellten dann keine städtischen Angestellten mehr sind, sondern von privaten Dienstleistern angestellt – und von diesen Anbietern wird dann derjenige ausgewählt, der am wenigstens kostet, relativ unabhängig davon, welche Arbeitsbedingungen z.B. für die Mitarbeiter/innen damit verbunden sind. Und es wird nur noch das angeschafft, was die Kunden auch mehrheitlich lesen – und nicht mehr auch das, was vielleicht nur einzelne Bürger/innen lesen wollen und was für eine Stadtbibliothek von unschätzbarem Wert sein kann, weil dieses Fachgebiet seit Jahren von ihr sehr gut abgedeckt wird. Doch nicht nur am Beispiel der Bibliotheksprivatisierungen lässt sich diese zunehmende „Entöffentlichungspolitik“ zeigen: Das Markt- und Kundenmodell zielt beispielsweise im Bildungssystem darauf, dass der Einzelne sein „Humankapital“ so ideal wie möglich anhäuft und auf dessen Tauschbarkeit auf dem Arbeitsmarkt hin überprüft – das Kundenmodell will also bspw. die Studierende, die nun jedes Seminar, jede Vorlesung, jede Studiengruppe, jedes hochschulpolitische Engagement erstmal daraufhin durchkalkuliert, ob dieses etwas bringt für ihre spätere berufliche Karriere – und nicht, ob es inhaltlich interessant ist oder aus bestimmten Gründen vielleicht von nur einer Lehrenden für besonders relevant gehalten wird. Bildungssysteme marktförmig zu denken, heißt eben, Schülerinnen, Studierende, aber auch deren Eltern als Kundinnen und Kunden zu denken, als kalkulierende Akteure, die berechnen, wie ein Unternehmer, was ihnen ein einzelne Lerneinheit hinsichtlich ihrer späteren Position als Anbieterin ihrer Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt bringt – und damit immer in Konkurrenz zu anderen. Ähnliches lässt sich in Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme zeigen: Sie sollen nach Ansicht solcher Marktstrategen nun „wettbewerblichen und freiwilligen Unternehmen überlassen bleiben“, wie einer von ihnen formuliert (ebd. 382). Und welche Gefahren mit dieser Entwicklung verbunden sind, zeigt sich aktuell, wenn international Pensionsfonds teilweise ein Drittel ihres Wertes verloren haben – und damit die Alterssicherung für viele Pensionisten auf die staatliche Grundsicherung absinkt. Aber auch in viel kleinerem Maßstab zeigen sich diese Entwicklungen, wenn man sich die Abhängigkeit einer immer größeren Zahl sozialer Träger von privaten Spendern anschaut: Auf einmal bleiben die Sachspenden der örtlichen Bauunternehmer und Handwerker im Ruhrgebiet aus, mit dem die Nachmittagsangebote in der offenen Jugendarbeit finanziert wurden, weil sie eben von der Loyalität der einzelnen Personen abhängig sind – und nicht kommunalpolitisch garantiert. Und diese Loyalität ist nun dahin, wo Unternehmensgewinne einbrechen oder einzubrechen drohen

Diese Marktförmigkeit und die Ausrichtung aller politischen Entwicklungen auf die Einführung von Marktmodellen in möglichst allen Lebensbereichen nennen viele Autoren/innen „Neoliberalismus“. Und das letzte Zitat zu den sozialen Sicherungssystemen habe ich daher auch von einem der Vordenker dieser Denkweise – von Friedrich Hayek. Neo-Liberalismus meint also ein politisches Denken, das die Freiheit des einzelnen radikalisiert – eben als „Kundenfreiheit“. Hayek Plädoyer für eine marktförmige Neujustierung des sozialen Sicherungssystems stammt übrigens vom Ende der 1950er Jahre. Diese neo-liberale Neuorganisation vieler Lebensbereiche lässt sich in den vergangenen Jahren, wie ich versucht habe zu illustrieren, sehr deutlich beobachten – und sie führt zu vehementen Privatisierungs-, also „Entöffentlichungstendenzen“.

Schaut man sich nun die parallel dazu zu beobachtenden Entwicklungen einer politischen Förderung von freiwilligem, zivilgesellschaftlichen und sozialen Engagement an, dann zeigen dies sich folgendermaßen.

Die Autoren/innen des Abschlussberichtes der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ schreiben 2002 zur Motivation einer Stärkung freiwilligen und sozialen Engagements: „Als übergreifenden Bezugsrahmen hat die Enquete-Kommission das Leitbild der Bürgergesellschaft gewählt“ und das meine nun eben, „ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschichte des Gemeinwesens einwirken können“ (ebd.: 15). Klingt das nicht eindeutig nach Stärkung, ja nach Herstellung von Öffentlichkeit und gerade nicht nach deren Abwicklung, deren Privatisierung also? Ein weiteres Beispiel: In einer relativ aktuellen Initiative zur Förderung und höheren Anerkennung von sozialem und freiwilligem Engagement, die das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* seit ca. 2 Jahren unter dem Titel *ZivilEngagement* durchführt, schreibt die zuständige CDU-Ministerin, Ursula von der Leyen, in einer Begleitbroschüre: „Bürgerschaftliches Engagement ist als Perspektive gesellschaftlicher Entwicklung zu verstehen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu sichern, Alltagsolidarität zu leben, gemeinsame Werte als Grundlage des Zusammenlebens zu pflegen und Zivilisiertheit als starkes Fundament unserer Demokratie zu festigen“. Die Relevanz, die politisch der Förderung sozialen und freiwilligen Engagements zukommt, zeigt sich darin, dass solche Forderungen fast quer durch alle Parteien hinweg zu finden sind – und auch quer zu vielen Politikfeldern, wie ein weiteres Beispiel zeigen kann. Olaf Scholz, einer der SPD-Ministerkollegen von der Leyen, zuständig für *Arbeit und Soziales*, sagte vor einem Jahr zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands an an 12 Bürgerinnen und Bürger – und zwar für ihr herausragendes freiwilliges und soziales Engagement: „Sie stehen stellvertretend für die vielen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die sich, oft im Verborgenen, engagieren und tagtägliche Solidarität leben – sei es im Ehrenamt oder im Beruf. Ihr Engagement beweist, dass wir keine Ellenbogengesellschaft sind. Das Bemühen um ein soziales und solidarisches Miteinander ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, in offenen, demokratischen Gesellschaften wie der unseren, ein einigendes Band zu flechten.“ ([http://www.bmas.de/coremedia/generator/25676/property=pdf/2008\\_04\\_22\\_broschuere\\_zur\\_ordensveranstaltung.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/25676/property=pdf/2008_04_22_broschuere_zur_ordensveranstaltung.pdf); Stand: 24. März 2009). Also auch hier ein Engagement, das deshalb geehrt wird, weil es sich gegen die Etablierung einer „Ellenbogengesellschaft“ positioniert. Meint das nicht genau das Kundenmodell – nicht genau das Modell, in dem der Einzelne die Ellenbogen auspacken hat, um das beste, günstigste und passendste Angebot zu finden – immer in Konkurrenz zu den anderen Kunden/innen, die einem dieses Angebot ja vor der Nase wegschnappen könnten?

Beobachten wir also in den vergangenen Jahren eine parallele – und damit auch paradoxe Entwicklung, dass einerseits durchgehend auf Privatisierung bisheriger öffentlicher Dienstleistungen gesetzt wird und andererseits politisch auf „Veröffentlichung“, das heißt eine Reduzierung des reinen Individualismus und eine Förderung von politischen Gestaltungsversuchen sozialer Zusammenhänge – durch die Stärkung sozialen und freiwilligen Engagements?

Einige Hinweise könnten in diese Richtung deuten: Denn einerseits können wir in NRW beispielsweise in den vergangenen Jahren deutlich die Reduzierung von Angebotsstrukturen beobachten, wie sich eben am Beispiel der öffentlichen Bibliotheken, aber eben auch im Bereich sozialer Dienstleistungen zeigen lässt. Beispiele sind politische Entscheidungen, wie diejenige, dass in den vergangenen Jahren beispielsweise in NRW die Finanzierung offener Jugendarbeitsangebote von der Landesregierung offensiv zugunsten von Ganztagschulangeboten umgeschichtet wurde, oder Angebote einer Aufsuchenden Sozialen Arbeit deutlich schlechter öffentlich finanziert werden, wenn überhaupt noch öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Und zugleich zu diesen Einsparungspolitiken lässt sich ein deutlich erhöhtes Engagement für Initiativen, wie den Aufbau von Buchtauschbörsen beobachten, für die verstärkte Einbindung von

Ehrenamtlichen in Nachmittagsangebote von Schulen oder schließlich für den Ausbau der freiwilligen Armenhilfe, wie das Angebot kommunaler Tafeln oder Tische. Ist diese gleichzeitige Entöfentlichung durch Privatisierungspolitiken und Veröffentlichung durch die Förderung sozialen und ehrenamtlichen Engagements also gar kein Paradox, sondern nur die fast perfide Ungleichzeitigkeit ein und derselben Medaille: Auf der einen Seite werden öffentliche Angebote eingespart, um auf der anderen Seite stattdessen ehrenamtliches Engagement als Ausgleich, als Substitution, zu fördern?

Der erste Antwortversuch auf meine Frage, wie die scheinbare Gegenbewegung von immenser Privatisierungs-, also Entöfentlichungspolitik einerseits und einer verstärkten Förderung sozialen Engagements, also eine Veröffentlichungspolitik, andererseits, zu erklären ist, wäre also:

1. Auf der einen Seite wird gespart, dafür müssen auf der anderen Seite Dinge nun ehrenamtlich erledigt werden?
- Für diese Erklärungsvariante sprechen einige Entwicklungen, bspw. im Bereich der Ganztagsschulangebote. Dort wird von vornherein nicht ausreichend Geld für zusätzliche professionelle sozialpädagogische Fachkräfte bereitgestellt – und stattdessen organisieren bspw. Wohlfahrtsverbände oder andere Anbieter nun das Angebot von Honorarkräften oder Ehrenamtlichen. Der Hinweis auf diese Anbieter macht übrigens bereits deutlich, dass die Entöfentlichungsstrategien keineswegs nur „von oben“ auf die sozialen Träger herunterplumpsen, sondern aktiv von vielen von ihnen mit vorangetrieben werden. Aber das nur als Zwischenbemerkung. Ähnliches lässt sich für den Bereich der Tafeln zeigen, denn die systematische Verarmung, die mit der veränderten Arbeitsmarktpolitik seit 2004 – und Hartz IV ist dabei nur ein Teil, wenn auch ein sehr zentraler, einer grundsätzlichen Umstellung der Arbeitsmarktpolitik insgesamt – u.a. in vielen Familien zu beobachten ist, verweist viele dieser Menschen nun quasi direkt an die ehrenamtlichen Almosenangebot von Tafeln oder Tischen. Und auch dieses Angebot ist nur ein privates, also von der Loyalität einzelner Engagierter abhängiges – so relevant es als Nothilfe in der Einzelsituation ist.

Diese Hinweise machen bereits deutlich, dass das Sparargument nur eine Teilerklärung darstellen kann und vermutlich zu schlicht ist, um die verblüffende Gleichzeitigkeit von Privatisierungspolitiken und Engagementförderung zu erklären. Daher ein zweiter, alternativer Antwortversuch:

2. Wir haben es aktuell mit einer Umstellung der Gestaltung sozialer Zusammenhänge zu tun, also mit der Ausprägung einer veränderten politischen Denkweise, wie wir Gesellschaftsmitglieder unser Leben führen sollen und wie diese Lebensführung unterstützt, motiviert, aber auch kontrolliert wird – beispielsweise durch soziale Träger. Es geht also seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, seit wir diese Entwicklungen beobachten, nicht schlicht um Einsparung, sondern um eine Neujustierung des Verhältnisse von Privatheit und Öffentlichkeit und damit gerade auch der Position der Aktivitäten in Bezug auf das Soziale, des sozialen Engagements also.

Was meine ich damit?

## **II Arbeit, Arbeit, Arbeit?**

Bis weit in die 1970er Jahre war im bundesdeutschen Kontext das wohlfahrtsstaatliche Arrangement

bestimmend. Und dieses wohlfahrtsstaatliche Arrangement, was wir umgangssprachlich als „den Wohlfahrtsstaat“ bezeichnen, ist nichts anderes als ein bestimmter Ausdruck des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit und den vermittelnden sozialen Tätigkeiten, wie ich es vorhin skizziert hatte. Soziales Engagement zielte, zumindest dem Ideal nach, darauf, den Einzelnen Zugänge zum privaten wie öffentlichen Raum zu ermöglichen, also – nochmals: im Idealfall, Menschen zu ihrer Kunden/innen-Rolle einerseits und ihrer Bürger/innen-Rolle andererseits zu verhelfen. Dass diese Aufgabenzuschreibung der Ermöglichung des Kunden- und Bürgerseins nur ein Idealbild dessen ist, was Wohlfahrtsstaatlichkeit wirklich war, ist wichtig zu vermerken: Denn gerade die sozialen Bewegungen, also Schwulen-, Lesben-, Frauenbewegung oder antirassistische Initiativen haben uns nur allzu deutlich gemacht, dass das soziale Engagement, wie es wohlfahrtsstaatlich durchgeführt wird, mehrheitlich auf ein bestimmtes bürgerliches Modell ausgerichtet ist – nämlich den männlichen Bürger, der zugleich Erwerbstätiger ist, also seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich anbietet, und die weibliche Bürgerin, die primäre Ehefrau und Mutter ist und über die Absicherung des Mannes Kundin in der Marktökonomie. Insofern geht es mir auch wahrlich nicht darum, diese wohlfahrtsstaatliche Form sozialen Engagements zu verherrlichen oder sie mir in der Form zurück zu wünschen, wie sie bis in die 1970er Jahre bestanden hat. Aber mit ihr wurde das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit in einer bestimmten Art gedacht – einer Art und Weise, die im Rahmen der Entwicklungen zu einem Primat der Marktlogik und damit der Privatisierung in den vergangenen Jahren grundlegend verschoben wird. Und an diese Verschiebung möchte ich erinnern: Wie gesagt, in der wohlfahrtsstaatlichen Form zielt das soziale Engagement darauf, zwischen dem Modell des Kunden und Arbeitnehmers – denn das ist das Gesellschaftsmitglied auf Seiten der Ökonomie – und dem Modell des Bürgers – denn das ist er auf Seiten des Politischen zu vermitteln, das heißt dem Einzelnen beide Rollen zu ermöglichen– oder anders gesprochen: soziale Tätigkeiten vermitteln zwischen der Privatheit und der Öffentlichkeit – und eben mit Zielorientierung Öffentlichkeit und Privatheit. Das Kind in meinem Beispiel vorhin, soll eben durch soziales Engagement beispielsweise in Form einer sozialpädagogischen Erziehungsbeistandschaft befähigt werden, die Stadtbibliothek selbst zu nutzen. Das Erziehungshilfeangebot soll aber zugleich einen möglichst erfolgreichen Schulschluss vorbereiten.

Und genau diese Zielorientierungen haben sich inzwischen verändert: Soziales Engagement zielt, zunehmend nicht mehr – zumindest auch – auf Öffentlichkeit, sondern immer mehr und primär auf Privatheit.

Erst letzte Woche wurde in einer Ruhrgebietszeitung für ein Patenmodell geworben, in dem ehrenamtliche Paten – und zwar erwerbstätige Erwachsene – erwerbslosen Personen bei ihren Versuchen helfen, wieder Arbeit zu finden. Ein solches Engagement ist im Einzelfall sicherlich höchst hilfreich, wenn sich eine gute Beziehung zwischen beiden Beteiligten herauskristallisiert und der Pate, wie in dem im Zeitungsbericht dargestellten Fall, dem „Patenkind“ wirkliche Unterstützung geben kann, beispielsweise durch einige praktische Ratschläge. Aber solche Engagementförderung zielt letztlich auf den Akteur als Kunden – um seine Arbeitskraft wieder verkaufbar zu machen, wieder Geld zu verdienen, um sich seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Auch dagegen ist selbstverständlich nichts einzuwenden Ganz im Gegenteil: Jedes Gesellschaftsmitglied sollte eine Existenzsicherung garantiert bekommen, und nicht nur als reine Überlebenshilfe, sondern um dadurch wirklich teilhaben zu können. Aber das ist eben nicht die Orientierung, die aktuell in der Engagementförderung zu beobachten ist. Vielmehr ist viel von dem Eigeninteresse der Engagierten die Rede, davon dass diese davon auch was haben sollten, und zwar in Form einer Anerkennung im markt-ökonomischem Raum – so wird Engagement von Jugendlichen in Zeugnissen vermerkt, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu steigern. Es ist auch bereits von dem *effektiven Bürger* die Rede, der informiert und kalkulierend seinen Interessen nachgeht.

Und genau da liegt der Unterschied: Richtet sich soziales Engagement primär und fast ausschließlich auf eine Unterstützung der vorherrschenden Marktökonomie aus, also auf den Raum

der Kundinnen und Kunden – und Anbieter, indem nun zwar politisch gefördert gegen die Ellenbogengesellschaft sich engagiert werden soll und für einen besseren Zusammenhalt der Gesellschaft – aber dann die Überlebenssicherung in kommunalen Tafeln und Tischen organisiert wird, und damit nurmehr von dem Engagement einzelner abhängig gemacht wird. Oder wird soziales Engagement, wie es die Ausstellung, in deren Rahmen wir uns hier treffen, vermerkt, auf die Gestaltung einer „anderen Ökonomie“ ausgerichtet, und damit auf die Ermöglichung von Zugängen zur Öffentlichkeit, ja auf die Herstellung von Öffentlichkeit selbst.

Oskar Negt spricht in diesem Zusammenhang von einer „zweiten Ökonomie“, die wieder in Erinnerung rufen sollte, dass Ökonomie nicht gleich Marktökonomie, wie sie inzwischen weithin vorherrscht, ist. Ökonomie heißt ja vielmehr erstmal nur „Haushaltung“ – also, wie ein Haushalt organisiert wird, wie die Versorgung der Haushaltsmitglieder garantiert wird. Das „Wie“ dieser Haushaltung ist allerdings eine rein politische Frage, also eine Frage, die als Teil der Auseinandersetzungen zu entscheiden ist, wie soziale Zusammenhänge gestaltet und reguliert werden sollen. Das sehen wir ja aktuell, wenn an einmal Milliarden an öffentlichen Investitionen und Substitutionen möglich sind. Haushaltung ist also keine rein marktförmige Perspektive, wie die neo-liberalen Programme suggerieren. Programme also, die das Prinzip des Marktes zum Universalprinzip ausgerufen haben – und damit die Diskussion über alternative Programme, über alternative Ökonomien eben, zu verhindern suchen.

Das wohlfahrtsstaatliche Ideal war ökonomisch, also mit Blick auf den Typus der Haushaltung gesprochen, dabei, die Räume des Marktes und des Politischen so zu vermitteln, dass die Gesellschaftsmitglieder in Notzeiten versichert und versorgt werden, so dass sie wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren können – und die Gesellschaftsmitglieder andererseits dadurch als Bürger/innen agieren können. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben zunehmend aber dazu geführt, dass nur noch die Ermöglichung einer Kundenfreiheit in den Mittelpunkt gestellt wird – und die Frage des Gemeinns, von dem wir nämlich leben, wie die Ausstellungsmacher im Flyer der Ausstellung überzeugend schreiben, weil erst im sozialen Zusammenhang menschliches Leben in demokratischer Form möglich ist – diese Frage des Gemeinns wird dann den Engagierten privat überantwortet. Damit wird der Raum des Öffentlichen aber zunehmend verkleinert, und der Raum des Privaten als Raum von Kundinnen und Kunden greift zunehmend in alle Lebensbereiche über: Symbole dafür sind neben der Privatisierung von Betreuungsangeboten von Kindern und alten Menschen, der Kommerzialisierung von ehemals öffentlicher Infrastruktur, wie einer ganzen Reihe von Schulen und auch zunehmend von Hochschulen, auch die Privatisierung von Transporträumen oder Kommunikationsräumen.

Gerade die aktuelle Wirtschaftskrise könnte eine Möglichkeit eröffnen, diese Entwicklung deutlich in Frage zu stellen, und das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit neu zu justieren. Vielleicht sogar jenseits der ehemals wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung auf Kunde und Bürger, und jenseits der neo-liberalen Ausrichtung primär nur noch auf den Kunden und die Kundin, nur primär auf die Bürgerin und den Bürger.

Doch dazu sind dringend Fragen zu stellen, wie die Folgenden: Wer kann sich überhaupt engagieren und welche Möglichkeiten des Engagements sind ihr und ihm überhaupt zugänglich? Wir wissen ja, dass das soziale Engagement vor allem von Erwerbstätigen erbracht wird, ja erbracht werden kann – und zwar vor allem von Mittelschichtsangehörigen, weil diese die Zeit und die Ressourcen zur Verfügung haben, sich zu engagieren. Um es etwas zugespitzt zu formulieren: In einem Kontext, in dem so viele Menschen, wie noch nie in prekäre Arbeitsverhältnisse überleben müssen, mit mehreren Minijobs oder Arbeitsgelegenheiten und ergänzenden Transferzahlungen, weil die Löhne unverschämte gering sind, kann die politische Förderung sozialen und freiwilligen Engagements einen zynischen Unterton bekommen. Doch nicht nur die Ausstattungs- und Ressourcenfrage ist entscheidend, sondern auch die Frage nach Anerkennung. Denn trotz aller politisch-inszenierten

Anerkennung sozialen und freiwilligen Engagements, wie durch die Ordensverleihung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, von der ich Ihnen vorhin berichtet habe, wird Anerkennung in kapitalistischen Gesellschaften immer noch über Erwerbsarbeit erworben – erst wenn diese gesichert ist, lässt sich auf Basis dieser Anerkennung dann auch die Anerkennung als soziale Engagierter/als sozial Engagierte abholen. Also steht auch nichts geringeres an, als über Alternativen zur Erwerbsarbeitsanerkennung nachzudenken – und auch damit sind wir wieder bei der Frage des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit. Wollen wir nämlich Alternativen zur Marktökonomie endlich wieder in die Diskussion bringen, müssen wir die Fragen nach einer garantierten Teilhabesicherung – nicht nur einer überlebenssichernden Grundsicherung, Fragen nach Räumen der Muße – und nicht nur nach Freizeit zur Erholung in Erwerbsarbeitspausen und damit Fragen nach der Herstellung öffentlicher Räume bearbeiten. Diese Fragen lassen sich im Angesichts der Wirtschaftskrise wieder leichter stellen, als noch vor wenigen Jahren, in denen das marktökonomische Modell konkurrenzlos schien. Dass die Fragen aber nie ganz verloren waren, dafür finden sich in der Ausstellung „Wovon Menschen leben“ motivierende Beispiele.

Herzlichen Dank.

*Kontakt: [fabian.kessler@uni-due.de](mailto:fabian.kessler@uni-due.de)*